Wenn die Feuerwehr kommt, ist es zu spät

Zu: „CDU will Klimaziel verschärfen“ und „Milliarden für den Umbau von Ställen“, FR-Wirtschaft vom 4. Mai

Wo will die CDU nur das CO_2 einsparen?

Wenn das Parteipräsidium der CDU jetzt beschließt, den CO_2-Ausstoß bis 2030 um 65 Prozent zu senken, und derweil bis 2038 die Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen will, frage ich mich, wo dann CO_2 eingespart werden soll. Der CSU-Verkehrsminister lehnt treibhausgasreduzierende Maßnahmen auch nach dem BVG-Urteil strikt ab und weiß sowieso nicht, welche Maßnahme welche CO_2-Konsequenzen hat. Und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner will den Mastbetrieben bis 2040 Zeit geben, die Massenproduktion ein bisschen weniger tierquälend zu machen. Das würde viel Geld kosten. Immerhin könnte das bedeuten, dass Fleisch merkbar teurer und weniger verzehrt würde und nicht mehr in Massen produziert würde. Es wäre nicht nur gesünder und würde armen Völkern mehr Nahrungsmittel übriglassen. Das müsste die Koalition dann auch wollen und den Mehrwertsteuersatz nicht normalisieren, sondern verdoppeln, damit der Umbau bis 2030 gesetzlich garantiert werden kann. Und das hätte dann tatsächlich eine Auswirkung auf den CO_2-Ausstoß – vielleicht schon bis 2030.

Hanspeter Maier, Mörfelden

Dann bleibt nur eines: Alles abschaffen!

Wenn Menschen, Hunde, Katzen etc. solche Klimakiller sind, dann gibt es nur ein Mittel: Alles abschaffen. Dann lösen sich alle Probleme. Denn dann braucht niemand mehr Autos, Flugzeuge oder sonstiges. Die Lebensfreude ist sowieso im Eimer. Alles abschaffen, Probleme gelöst.

Tagtäglich gibt es irgendwelche Hiobsbotschaften, was alles nicht gut ist, schädlich für die Gesundheit, Klima, was man alles nicht essen und trinken soll, wie schädlich Milch ist. Dann die Pandemie, die Aussicht auf weitere, die endlosen Krisen in der Welt und was sonst noch alles. Überall in der Politik Unehrlichkeit, Korruption und weiter unbeschreiblich Negatives. Da hat man doch keinerlei Lebensfreude mehr, kaum Aussichten auf Besserung geschweige denn wirkliche Hilfsmöglichkeiten für den blauen Planeten. Endlose Übersättigung der Menschen. Also was bleibt abschaffen der Menschheit? Dann gibt es nichts mehr, was stört. Erfreuliches gibt es sowieso nicht mehr. Alles, was einem das Leben lebenswert macht oder lecker ist, scheint schlecht zu sein. Dann bleibt nur abschaffen. Oder, was meinen Sie und Ihre ganzen Kollegen, was es noch Positives und das Leben lebenswert Machendes gibt?

Dagmar Maria-Krah, Erlensee

Wir müssen bis 2030 klimaneutral sein

Es gibt Menschen, die meinen, dass die Feuerwehr erst am nächsten Tag kommen müsse, wenn das Strohdach schon lichterloh in Flammen steht. Das Ziel „Klimaneutralität bis 2050“ ist ein rein politisches, ambitionsloses Ziel; mitformuliert von vielen Lobbyverbänden der sterbenden Fossilwirtschaft, die schmerzhafte Veränderungen an ihrem zerstörerischen Geschäftsmodell gerne auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben wollen. Die globale Wissenschaftscommunity, die Vereinten Nationen und selbst der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung sind sich nicht erst seit dem Pariser Abkommen von 2015 absolut einig, dass wir Klimaneutralität global bis 2030 erreichen müssen. Bei Klimaneutralität bis 2040 können wir eine Münze werfen. Wenn wir Klimaneutralität erst bis 2050 erreichen, werden wir mit Zwei-Drittel-Wahrscheinlichkeit das 1,5-Grad-Ziel verfehlen. Doch dann brennt nicht nur das Dach, sondern der gesamte Planet.

Niklas Schurig, Kuppenheim

Die Polizei, kein Freund und Helfer

Gewalt bei Demo am 1. Mai in Frankfurt: „Die Polizei muss antworten“, FR-Regional vom 3. Mai

Wer trägt Verantwortung für dieses Vorgehen?

Angst machen die Bilder, die über das Vorgehen der Frankfurter Polizei am 1. Mai im Internet zu sehen sind – Angst nicht vor den Demonstrant:innen, sondern vor der Polizei: Sehr gut geschützt durch Helme, Visiere, Schutzwesten und Stiefel treten und prügeln sie mit Schlagstöcken ein auf Menschen, die ungeschützt sind. Polizisten überrennen Verletzte, die am Boden liegen, schlagen auf Menschen ein, die helfen wollen. Welches Leitbild prägt diese Polizei?

Während bei Demonstrationen von Coronaleugner:innen eine hohe Toleranz bei Verstößen gegen Auflagen zu beobachten ist, ging es am 1. Mai in Frankfurt scheinbar nicht um Deeskalation sondern darum, Härte zu zeigen. Wer trägt die Verantwortung für dieses Vorgehen der Polizei und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

Loni Schmidt, Frankfurt

Auch Demonstranten haben Pflichten

Bezeichnend für den Ablauf dieser Demo ist schon ihr Titel: „Tag der Wut“. Offensichtlich ist der Anlass der Demo die Absicht, Frust und Randale rauszulassen. Die Polizei ist dabei (in unserem Bürgerauftrag) nur der willkommene Kontrahent: „Erster Mai, Straße frei nieder mit der Polizei“ ist der provozierende Schlachtruf. Ich habe volles Verständnis für die jungen Polizisten, die über Stunden herausgefordert werden, dass diese bei Provokationen (Stöcke unter die Visiere) und bei Auflösung der Demo robust zuschlagen und der Wasserwerfer eingesetzt wurde. Genaugenommen haben die Demonstranten es darauf abgesehen, um dann larmoyant über „Gewaltexzess“ und „Schlägertrupps“ zu klagen.

Bei allem Respekt für die Demonstrationsfreiheit – auch Demonstranten haben die Pflicht, ihr Recht verhältnismäßig einzusetzen. Auch gegenüber der Polizei und damit der Gesellschaft.

Detlef Geisendörfer, Schlangenbad

Geschichtsvergessene Polizeiführung

Hufnagelstraße / Ecke Frankenallee: Der Ort des Geschehens des massiven Polizeieinsatzes gegen Demonstrierende der abendlichen Mai-Demonstration „Tag der Wut“ weckt böse, traurige Erinnerungen.

Am 28.9.1985 wurde dort der 36-jährige Günter Saré vom Hinterrad eines Wasserwerfers überrollt. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Er hatte mit vielen anderen gegen eine Versammlung der NPD im Saalbau-Gallus demonstriert, dem Ort des Frankfurter Auschwitzprozesses. 1965 waren dort die Urteile gefällt worden.

Auch im Jahr 2021 besteht massenhaft Anlass, gegen Rechtsextremismus, seine Ideologen und seine Täter:innen auf die Straße zu gehen. Die Initiator:innen der Demo bezeichneten ihre Aktion „als eine Ergänzung für den 1.Mai – und nicht als Konkurrenz“, sondern vermehrt als Ort um „kämpfende Arbeiter:innen, politische Widerstandsbewegungen und revolutionäre Positionen zu Wort kommen zu lassen“ (Wortlaut des Aufrufs).

Neben der Kritik am Kapitalismus, dessen Widersprüche in Zeiten der Pandemie noch deutlicher werden, war auch die rassistische und antisemitische Gewalt an den Beispielen des Attentats auf die Synagoge von Halle und die Morde von Hanau Thema und Anlass der Demonstration.

Ob dieser, auch gewalttätige, Polizeieinsatz mit Einsatz von Wasserwerfern – der zu schweren Verletzungen von Menschen geführt hat – aufgrund des Verhaltens der Demonstrationsteilnehmer:innen gerechtfertigt war, kann ich nicht beurteilen. Doch drängt sich der Eindruck auf, dass von Seiten der Polizeiführung auch geringe Verstöße gegen die Auflagen „hart geahndet“ werden sollten. Dass dies geschah – und dazu an diesem geschichtsträchtigen Ort – zeigt die mangelnde Sensibilität und Geschichtsvergessenheit der Polizeiführung deutlich auf!

Beate Ullrich-Graf, Hattersheim

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

WÄHLEN 2021 | WIR KÖNNEN AUCH ANDERS | FR.DE/BUNDESTAGSWAHL

FR-WAHLFORUM

Ihr Wunsch zur Wahl

Am 26.9. ist Bundestagswahl. Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung? Was sollte sie als erstes tun?

Bitte schicken Sie uns **maximal drei Sätze**, die Ihren Vorschlag knapp skizzieren, an: **bundestagswahl21@fr.de**. Oder posten Sie unter **www.frblog.de/btw-21**

Eine Auswahl werden wir im Rahmen der Serie „Wir können auch anders“ vor der Wahl veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel und viele andere sind in der Aufzeichnung einer Veranstaltung vom 11. April zu sehen, bei der es um Julian Assange und die Bedrohung der freien Meinungsäußerung ging: „Assange – Fragmente einer Unzeit“. Eine Matinee beim Ensemble Modern mit Musik und Diskussion. Kostenlos abrufbar.
Bis Dienstag, 11. Mai
www.FR.de/utopisch

Thomas Kaspar diskutiert auf dem Podium mit Olaf Scholz, dem Kanzlerkandidaten der SPD. FR-Leserinnen und -Leser sind eingeladen, via Stream Fragen an Scholz zu richten. Sie werden zugeschaltet. Bitte bewerben Sie sich bis zum 18.5., 12 Uhr, per Mail an chefredaktion@fr.de.
Mittwoch, 19. Mai, 19 Uhr

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210510

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-08

Verblödeter Pöbel

Gaffer auf der A 3: „Grenze überschritten“, FR-Regional vom 5.5.

Nein, die Polizisten gehören nicht zur Ordnung gerufen. Endlich haben die mal zur Selbsthilfe gegriffen und einer von diesen Deppen vorgeführt. Nichts anderes hat der verdient. Was sich Polizisten, Feuerwehrleute oder Sanitäter inzwischen von einem komplett verblödeten Pöbel alles bieten lassen müssen, hat die Grenze des Erträglichen überschritten. Und dann müssen die sich auch noch in der Zeitung Fehlverhalten vorwerfen lassen. So etwas ist unerträglich.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

Mein Respekt gilt den Polizisten

Ich stehe hinter den Beamten. Diese Diskussion überhaupt anzufangen, finde ich seitens Ihrer Zeitung völlig daneben. Dass den Polizisten in der Situation der Kragen platzt, ist völlig normal. Da liegen Schwerverletzte und Tote, warum muss man das filmen und dann posten oderBekannten und Freunden zeigen? Stellen Sie sich vor, Sie würden da schwerverletzt liegen und ein paar Minuten später für Belustigung in sozialen Netzwerken dienen? Noch mal: Mein Respekt gilt den Polizisten!

Steffen Rink, Idstein

Falls der Strom ausfällt

Kolumne: „Wieder Falkpläne falten“, FR-Meinung vom 27. April

Bravo, das war ein guter Beitrag. Kann man sich nur wünschen, dass der Strom weltweit mal kurz ausfällt, so dass Menschen wieder zu Verstand – und zwar ihrem eigenen Verstand – kommen.

Werner Schieferstein, Frankfurt

SORRY

„BGH kündigt Prüfung an“, lautete eine Überschrift in der FR vom 7. Mai (Seite 6). Diese Prüfung wird jedoch vom Bundesverfassungsgericht vorgenommen. Es müsste also heißen: „BVerfG kündigt Prüfung an“. Das passt jedoch rein platzmäßig nicht in die Überschrift. Da ist guter Rat teuer!